

KfW tritt auf die Notbremse

Kostenexplosion bei IT-Modernisierung

Die staatliche Förderbank KfW hat auf die Kostenexplosion bei der Modernisierung ihrer IT-Infrastruktur reagiert und Vorstandsmitglied Edeltraud Leibrock die Verantwortung für das Großprojekt entzogen. Das geht aus einem Schreiben der KfW an den Verwaltungsrat unter Vorsitz von Bundeswirtschafts-

minister Sigmar Gabriel (SPD) hervor, das der Nachrichtenagentur dpa vorliegt.

Leibrock erklärte demnach, dass sie die KfW nach Ablauf ihres Vertrages am 30. September 2015 verlassen werde, „da sie ihren beruflichen Schwerpunkt weiterhin auf Technologie und Innovation setzen will“. Bis dahin bleibt sie im Vorstand für den Bereich Organisation zuständig.

Die Bankengruppe bestätigte am Donnerstag einen Bericht des Handelsblatts, wonach der Umbau im Vorstand eine Konsequenz aus gravierenden Problemen bei der Neugestaltung der veralteten IT-Infrastruktur der KfW sei. Das Gesamtbudget für vier IT-Großprojekte habe sich von ursprünglich geplanten 400 Millionen Euro um knapp ein Fünftel erhöht.

Die KfW will die Verantwortung für die Umsetzung von Großprojekten künftig komplett vom Controlling trennen, schreibt die Bank. Daher werde sich KfW-Vorstandschef Ulrich Schröder um die Kontrolle der Großprojekte kümmern, für IT-Fragen zeichnet nun Risiko- und Finanzvorstand Bernd Loewen verantwortlich. dpa

Apple googelt nicht

Konzern informiert über Datenschutz

Apple will seine Kunden besser über die Absicherung der Privatsphäre bei seinen Geräten und Diensten informieren. Auf einer neuen Webseite mit Details zu verschiedenen Angeboten unterstreicht der iPhone-Konzern besonders den Unterschied zu anderen Online-Diensten, die Geld mit Werbung verdienen – und zielt dabei offensichtlich vor allem auf Google. So betont Apple, man zeichne bei der hauseigenen Karten-App keine Ortsinformationen der Nutzer auf – im Gegensatz zu „anderen Unternehmen“, die Profile für ihre Werbekunden erstellen.

Apple-Chef Tim Cook schrieb in einem offenen Brief, Nutzer kostenloser Online-Dienste wüssten inzwischen, dass sie dort keine Kunden seien. „Sie sind das Produkt“, das an Werbekunden vermarktet werde. Apple dagegen verdiene sein Geld mit dem Verkauf von Geräten. dpa



„Die Unternehmer werden reicher, die Arbeitnehmer bleiben Habenichtse“: Arbeiter einer Goldmine in Zentralafrika.

EMMANUEL BRAUN/RTR

Im Jahr 1516 schreibt der englische Lordkanzler, Sir Thomas Morus, in seinem Buch Utopia: „Vom Taglohn der Armen zwacken die Reichen täglich noch etwas ab – nicht nur durch private betrügerische Manipulationen, sondern auch aufgrund staatlicher Gesetze.“

Daran hat sich im Grundsatz bis heute nichts geändert. Den abhängig Beschäftigten steht immer noch nicht, trotz einer demokratischen Verfassung, der volle Gegenwert ihrer Arbeit zu. Die Abhängigen erhalten im Produktionsprozess nur einen Lohn für ihre Arbeitskraft, und selbst dieser ist häufig so niedrig, dass er weder zum Leben noch zum Sterben reicht.

Der bekannte US-amerikanische Ökonom John Kenneth Galbraith spitzt den Ausbeutungsprozess der abhängig Beschäftigten zu und bezeichnet diesen kapitalismusimmanenten Vorgang als „plumpen Diebstahl“ an der Arbeiterschaft. Und der deutsche Jesuitenpater und Ökonom Oswald von Nell-Breuning machte dies noch einmal 1960 in seinem Buch „Kapitalismus und gerechter Lohn“ anhand der Verteilung der Wertschöpfung deutlich, als er schrieb: „Man könnte das auch so ausdrücken: Die Arbeitnehmer schenken den Unternehmern die Kapital- oder Investitionsgüter und sind zufrieden, als Entgelt für ihre Leistung im Produktionsprozess denjenigen Teil der produzierten Güter zu erhalten, der in Konsumgütern besteht. Auf diese Weise werden die Unternehmer reicher und reicher, die Arbeitnehmer bleiben Habenichtse.“

Dies hat jetzt in langen empirischen Reihen der zurzeit viel diskutierte französische Ökonom, Thomas Piketty, zur Aufregung vieler Kapitalapologeten, endgültig nachgewiesen.

Wäre es anders, gäbe es keinen Gewinn, auch keine Zinsen, Mieten und Pachten, eben keine kapitalistischen Besitzeinkünfte und somit auch keine Ausbeutung. Die Arbeitswerttheorie, die Lehre von der Wertschöpfung durch produktive menschliche Arbeit, die dies zeigt, wurde von

GASTBEITRAG

Im Dienste des Kapitals

Obwohl ohne Arbeit nichts hergestellt werden kann, dominieren die Geldgeber die Unternehmen. Das ist paradox.

HEINZ-JOSEF BONTRUP



WAS IST GERECHT?
Das ist unser Thema.

William Petty bereits im 17. Jahrhundert wissenschaftlich begründet. Sie wurde von Adam Smith und David Ricardo weiterentwickelt und dann mit der Theorie des absoluten und relativen Mehrwerts von Karl Marx vollendet.

Von Petty stammt dabei der Satz: „Die Arbeit ist der Vater und das aktive Prinzip des Wohlstandes, so wie der Boden seine Mutter ist.“ Kapital entsteht erst aus der Kombination von beiden. Es ist dabei als vergegenständlichte („tote“) Arbeit zu seiner Verwertung auf die lebendige Arbeit des Menschen angewiesen.

In jedem Produktionsprozess kommen, neben einem Naturgebrauch, immer zwei Inputfaktoren zum Einsatz: Arbeit und Kapital. Mit nur einem Faktor ist kein Output möglich. Arbeit und Kapital stehen in der Produktion interdependent zueinander.

Außerdem unterliegt die Produktionsfunktion zur Hebung von ständig zu erhöhenden Arbeitsproduktivitäten einem laufenden Substitutionsprozess von Arbeit durch Kapital, ohne dass letztlich ein vollständiger Ersatz gelingt. Obwohl dies alles uneinge-

schränkt als ökonomisches Gesetz gilt, unterliegt im Kapitalismus der vom Unternehmer abhängige Mensch dem entscheidenden „Investitionsmonopol des Kapitals“ (Erich Preiser). Das heißt, nur das Kapital entscheidet

wann, wie und wo investiert wird.

Hier liegt ein systemisch immanentes, kapitalistisches Paradoxon vor. Denn wenn mit nur einem Produktionsfaktor (dem Kapital) kein Output in der Produktion, also keine Wertschöpfung möglich ist, warum haben dann in den Unternehmen nur die Kapitaleigner über die Arbeitsnachfrage, den Arbeitseinsatz, Entlassungen, Investitionen und die Gewinnverwendung zu bestimmen?

Dies hat mehrere, aber gesellschaftlich nicht akzeptable Gründe. Zunächst einmal verfassungsrechtliche. Die Verfassung schützt das Kapital einseitig durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln und durch die unternehmerische Freiheit zum ökonomischen Handeln nach maximalem Profit, bezogen auf das eingesetzte Kapital. Im Ergebnis bedeutet dies: Die schon im Produktionsprozess völlig abgeschriebe-

ne Maschine zählt in der Verfassung mehr als der arbeitende Mensch, der diese Maschine erst geschaffen hat. Dadurch sind die abhängig Beschäftigten im Produktionsprozess den Kapitaleignern hoffnungslos ausgeliefert.

Der Unternehmer (Kapitalist) darf dem Menschen sogar seine ökonomische Existenzgrundlage, seinen Arbeitsplatz, jederzeit durch Entlassung zur Steigerung der Profitrate nehmen. Um Abhilfe zu schaffen, müssten die unzureichenden betrieblichen und unternehmensbezogenen „Mitbestimmungsgesetze“ zu einer wirklichen Parität zwischen Kapital und Arbeit ausgebaut werden.

Hinzu kommt, dass die Unternehmer völlig frei sind, überhaupt die abhängig Beschäftigten an den Arbeitsmärkten nachzufragen. Nur durch die unternehmerische Nachfrage erhalten die Abhängigen und „Unselbständigen“ aber einen ökonomischen Wert. Bleiben sie arbeitslos, können sie von den Kapitalisten und ihren Claqueuren gesellschaftlich ständig als „Sozialschmarotzer“ und „Faule“ diffamiert werden.

Dies führt zu Scham- und Schmachgefühlen bei den gesellschaftlich „Externalisierten“, wie Viviane Forrester in ihrem Buch Der Terror der Ökonomie herausgearbeitet hat. „Die Scham“, so Forrester, „sollte an der Börse gehandelt werden: Sie ist ein wichtiger Grundstoff des Profits“.

Und wie schrieb Morus in Utopia? Überall, „wo es Privateigentum gibt und wo gleichzeitig jedermann alles nach dem Geldwert bemisst“, es in einem Staatswesen kaum gerecht zugehen und das Glück herrschen kann, es sei denn, man wäre der Ansicht, „dort gehe es gerecht zu, wo das Beste an die Schlechtesten kommt, oder dort herrsche das Glück, wo alles unter wenige verteilt wird und auch diese wenigen nicht in jeder Beziehung gut daran sind, die übrigen aber ganz schlecht“.

Heinz-Josef Bontrup ist Sprecher der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik und lehrt an der Westfälischen Hochschule in Recklinghausen.